

Wahlzeit



Arbeit darf nicht arm machen

Die Bundestagswahl steht kurz bevor. Zentrale Themen der Gewerkschaften sind Leiharbeit und Niedriglohn. Was sagen wir? Was sagen die Parteien?

Leiharbeit

Die Zahl der Leiharbeiter geht in der Wirtschaftskrise zurück: In Bayern gab es im Juni 2009 73.000 Leiharbeiter, 31% weniger als vor einem Jahr. Spiegelbildlich entwickelt sich die Arbeitslosigkeit: Im ersten Halbjahr 2009 ist sie in der Gruppe „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ (dazu gehört Leiharbeit) um 85% angestiegen.

Drastisch sind auch jugendliche Leiharbeiter bis 25 Jahre betroffen: Ihre Arbeitslosenzahl stieg in den ersten sechs Monaten 2009 um 63 %.

Das zeigt deutlich: Leiharbeit ist eben keine tragfähige Brücke in den Arbeitsmarkt, sondern Leiharbeiter sind beliebig einsetzbar, beliebig bezahlbar – und beliebig kündbar.

Wir wollen, dass Leiharbeiter behandelt werden wie regulär Beschäftigte. Gleicher Lohn und gleiche Bedingungen für die Leiharbeiter! Zudem muss die Leiharbeit in das Entsendegesetz aufgenommen werden.

Das sagen die Parteien: SPD, Grüne und Die Linke fordern vor der Wahl gleichen Lohn für die Leiharbeiter, z.T. nach einer Ein-

arbeitszeit. CDU/CSU und FDP wollen, dass Leiharbeiter schlechter gestellt bleiben.

Niedriglohn

Der Niedriglohn frisst sich immer tiefer in den Arbeitsmarkt. Eine aktuelle Studie (s. Grafik) belegt, dass 2007 jeder fünfte Beschäftigte (21,5%) für einen Stundenlohn unter der Niedriglohnschwelle gearbeitet hat. 6,5 Millionen Menschen sind im Niedriglohnsektor! 1998 waren es nur 14,2%. Allein von 2006 auf 2007 ist die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten um 350.000 gestiegen.

Besorgniserregend ist zudem, dass das Lohnspektrum nach unten ausfranst: 7,2% der Beschäftigten (2,1 Millionen) müssen in ihrer Haupttätigkeit für einen Stundenlohn unter 6 € arbeiten, 4% (1,2 Millionen) sogar für einen Stundenlohn unter 5 €. Überproportional häufig sind

Minijobber, Frauen, Jugendliche bis 25 Jahre und Geringqualifizierte vom Niedriglohn betroffen.

Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn, um dieser Spirale des Lohndumpings nach unten einen Riegel vorzuschieben. Arbeit darf nicht arm machen. Prekäre Beschäftigung muss eingedämmt, 1-Euro-Jobs müssen zugunsten sozialversicherter öffentlich geförderter Beschäftigung (z.B. Beschäftigung in Kommunen) abgeschafft werden.

Das sagen die Parteien: SPD, Grüne und Die Linke fordern einen gesetzlichen Mindestlohn; die Höhe schwankt zwischen 7,50 und 10 €.

CDU/CSU fordern einen Kombi statt eines Mindestlohnes, die FDP lehnt den Mindestlohn ab.

Wer sozial ist, schafft gute Arbeit! Es gilt: Diese Wahl ist nicht egal!

Spaltende Ehen, spaltender Lohn

Aus einem SZ-Interview mit DIW-Armutsforscher Markus Grabka, 26.06.2009, S. 26:

Grabka: Interessanterweise hat auch das Heiratsverhalten einen Einfluss auf die Ungleichheit. Vereinfacht gesagt: Früher hat auch mal ein Arzt eine Krankenschwester geheiratet. Heute heiratet der Arzt eine Ärztin. Die Schichten bleiben stärker unter sich als früher.

SZ: Die Krankenschwester heiratet einen Altenpfleger...

Grabka: ...und so leben gutverdienende Ärzte zusammen und wenig verdienende Pfleger. Die Gesellschaft spaltet sich auch beim Heiraten.

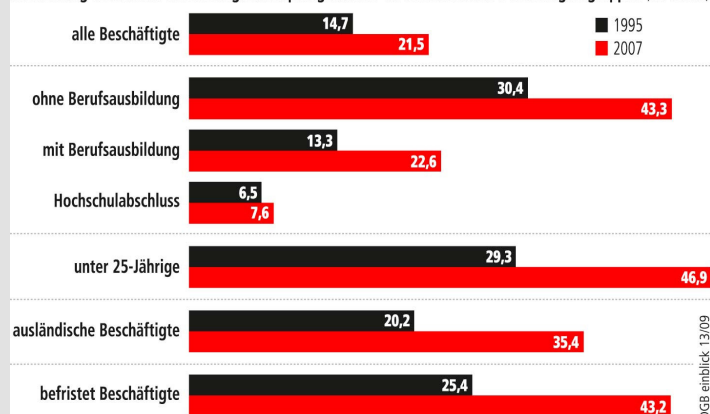
SZ: Erstaunlich. Ist das der wahre Grund, warum das Land ungleicher wird?

Grabka: Nein, der zentrale Punkt ist die Erosion der normalen Arbeitsverhältnisse. In den achtziger und neunziger Jahren war der Standard ein Vollzeitjob. (...) Inzwischen ist das anders. Ich bin erschrocken über die Geschwindigkeit dieser Veränderung.

SZ: Weil...

Grabka: ...der Anteil zwischen 2000 und 2006 von zwei Drittel auf 55 Prozent zurückging. In so kurzer Zeit!

Entwicklung des Anteils der NiedriglohnempfängerInnen* in verschiedenen Beschäftigtengruppen (in Prozent)



*Niedriglohnschwelle West: 9,62 Euro, Niedriglohnschwelle Ost: 7,18 Euro (brutto pro Stunde) Quelle: IAQ-Report 2009-05 © DGB einblick 13/09